

Urteil: Gericht sieht Weitergabe von Polizeidaten als erwiesen an

Billen muss Geldstrafe zahlen

FRANKENTHAL. Der rheinland-pfälzische CDU-Politiker Michael Billen muss wegen der Weitergabe geheimer Polizeidaten an die Presse eine Geldstrafe zahlen. Das Landgericht Frankenthal verurteilte den Landtagsabgeordneten aus der Eifel gestern wegen Beihilfe zur Verletzung von Dienstgeheimnissen zur Zahlung von 3600 Euro (40 Tagessätze zu 90 Euro).

Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der 58-Jährige Ende 2009 von seiner Tochter, einer Polizistin, geheime Polizeidaten über Geschäftspartner der Landesregierung am Nürburgrings beschafft und an die Medien weitergegeben hat. Billens Tochter wurde wegen der Verletzung von Privat- und Dienstgeheimnissen ebenfalls zu einer Geldstrafe verurteilt.

Die geheimen Polizei-Informationen waren Ende 2009 in zwei Artikeln zur Nürburgring-Affäre aufgetaucht. Als mutmaßlicher Ursprung wurde Billens Tochter, eine Polizistin, ausgemacht. Sie hatte im Polizeidatensystem „Polis“ entsprechende Anfragen gestartet. Billen räumte selbst ein, dass er einen Ausdruck mit den Daten von seiner Tochter hatte – er habe sie bei ihr „abgegriffen“, sagte er kurz nach Bekanntwerden des Vorfalls. Doch dass er die Informationen an die Presse lanciert habe, bestritt er stets vehement.

Anwalt empfiehlt Revision

Richter Hans-Jürgen Stricker sah das jedoch anders. Es gebe keinen vernünftigen Zweifel daran, dass Billen die Daten an die Presse weitergegeben habe. Billens Tochter traue er ein solches Handeln nicht zu, niemand sonst hätte diese Daten weitergeben können. Billen habe ein starkes Motiv zur Weitergabe der Daten an die Medien gehabt, sagte Stricker. Er habe beweisen wollen, dass die Landesregierung am Nürburgring Fehler gemacht habe. Dennoch rechtfertige dies nicht die Art und Weise, wie Billen gehandelt habe. Billens Anwalt sagte nach der Urteilsverkündung, er halte die Entscheidung für falsch und empfehle daher die Revision. Auch die Staatsanwaltschaft will prüfen, ob sie Rechtsmittel einlegt. *lsw*



Michael Billen ist gestern zu 3600 Euro Geldstrafe verurteilt worden. BILD: DPA

Fußball

Wildparkstadion wird neu gebaut

KARLSRUHE. Der Karlsruher Gemeinderat hat am Dienstagabend nach jahrzehntelanger Diskussion die Weichen für einen Neubau des Wildparkstadions gestellt. Das Gremium sprach sich mit großer Mehrheit dafür aus, eine Neubauvariante für den Karlsruher SC in der Größenordnung von rund 120 Millionen Euro zu prüfen. Als Zielvorgabe für die Arena wurden 66 Millionen genannt, 11 Millionen davon hält das Land Baden-Württemberg schon seit langem bereit. Weitere 55 Millionen Euro müssten zusätzlich in die Infrastruktur fließen. Der KSC begrüßte die Entscheidung des Gemeinderats. Nur ein Neubau mache Sinn, sagte Präsident Ingo Wellenreuther gestern. Neben dem Neubau soll auch die Machbarkeit einer bloßen Sanierung in Höhe von 40 Millionen geprüft werden. *lsw*

Stuttgart 21: Zweiter Ausschuss nimmt Rolle des ehemaligen Ministerpräsidenten beim Einsatz gegen Demonstranten unter die Lupe

Mappus erneut im Visier

Von unserem Korrespondenten
Michael Schwarz

STUTTGART. Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) rückt einmal mehr in den Fokus der politischen Auseinandersetzung. Mit den Stimmen von Grünen, SPD und FDP hat der Stuttgarter Landtag gestern beschlossen, erneut einen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung des blutigen Polizeieinsatzes vom 30. September 2010 gegen Stuttgart-21-Demonstranten einzusetzen. Die CDU hat sich mit ihren Stimmen enthalten. Das neue Gremium soll untersuchen, ob die bisherigen Darstellungen von Mappus der Wahrheit entsprechen. Mit dem Abgeordneten Jürgen Filius wird erstmals in der Geschichte des Landes ein Grünen den Vorsitz in dem Gremium übernehmen.

Nun geht es also erneut um den Tag, an dem rund 160 Menschen verletzt wurden, als Polizisten den Stuttgarter Schlossgarten räumten. Bereits im Herbst 2010 wurden die Vorgänge des sogenannten „Schwarzen Donnerstag“ in einem ersten Untersuchungsausschuss durchleuchtet. Während damals Grüne und SPD die Schuld bei der alten, schwarz-gelben Koalition sahen, pochten CDU und FDP auf die Rechtmäßigkeit ihres Vorgehens.

Neuen Hinweisen nachgehen

„Wir haben das Gefühl, dass wir damals nicht alle Unterlagen bekommen haben“, sagt Sascha Binder (SPD), der bereits Obmann seiner Fraktion im EnBW-Untersuchungsausschuss ist. Er sehe als Pflicht des Parlaments an, den neuen Hinweisen, die bisher lediglich in der Öffentlichkeit kursieren, nachzugehen. Hierbei handelt es sich um unbekannte Mails, in denen sich Mappus und seine damaligen Mitarbeiter über die Polizeiaktion ausgetauscht haben.

So hatte die damalige Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) wenige Tage vor dem Polizeieinsatz Mappus mit folgenden Worten kontaktiert: „Es wurde gestern vereinbart, dass die Bäume ab dem 1. 10. gefällt werden. Ziel ist, dass bis zu deiner Regierungserklärung alles mit den Bäumen erledigt ist.“ Die Rede vom Regierungschef im Parlament war für 6. Oktober geplant. Genauere Rückschlüsse lässt der öffentlich geworden Schriftverkehr bisher jedoch nicht zu.



In den Tagen nach dem „Schwarzen Donnerstag“, dem 30. September 2010, gingen zahlreiche Demonstranten auf die Straße. BILD: DPA

Um tatsächlich Genaueres herauszufinden, ist vor wenigen Tagen auch die Stuttgarter Staatsanwaltschaft aktiv geworden. Die im Zuge der Ermittlungen zum EnBW-Deal vom Staatsministerium sichergestellten E-Mails von Mappus sollen daraufhin untersucht werden, ob es

Unterschiede zu dessen Aussagen im ersten S-21-Untersuchungsausschuss gibt, bestätigt Claudia Krauth, Sprecherin der Stuttgarter Staatsanwaltschaft. Spätestens Anfang Februar will die Staatsanwaltschaft ihre Ergebnisse bekanntgeben.

Der neue Ausschuss

■ Der Ulmer Grünen-Politiker **Jürgen Filius** wird den neuen Landtagsuntersuchungsausschuss zum umstrittenen Polizeieinsatz gegen Stuttgart-21-Gegner leiten. Er ist rechtspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion.

■ Für die **Grünen** sind noch die Abgeordneten Ulrich Sckerl und Brigitte Lösch in dem Gremium vertreten.

■ Für die **CDU** sitzen im Ausschuss Andreas Deuschle als stellvertretender Vorsitzender, Joachim Kößler, Reinhard Löffler und Alexander Throm.

■ Für die **SPD** Sascha Binder, Anneke Graner und Nikolas Sakellariou.

■ Einziger **FDP**-Abgeordneter ist Timm Kern. *mis*

Der zweite Untersuchungsausschuss mit seinen elf Mitgliedern wird bereits heute erstmals zusammenkommen. Die CDU stellt vier Abgeordnete, Grüne und SPD jeweils drei. Die FDP ist mit einem Parlamentarier vertreten. „Wir wollen herausfinden, ob es beim Polizeieinsatz eine politische Einflussnahme der damaligen Landesregierung gab“, sagt Ulrich Sckerl, Ausschussmitglied und innenpolitischer Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion.

Im Ausschuss sitzt auch Bernhard Löffler. Der CDU-Politiker erklärt, seine Partei stehe für Transparenz und Aufklärung: „Wir lernen aus Fehlern und werden nichts unter den Teppich kehren.“ Die CDU werde sich jedoch nicht auf parteitaktische Spielchen einlassen. „Grün-Rot will nur von den schlechten Umfragen ablenken“, denkt er. Hier solle mit Blick auf die Kommunalwahlen Ende Mai 2014 „Stimmungsmache“ betrieben werden.

Wurde der Einsatz am 30. September 2010 politischer beeinflusst? Sind Unterlagen dem ersten Ausschuss vorenthalten worden? Der Ausschuss müsse sich einzig auf diese Fragen konzentrieren, erklärt Timm Kern, der die FDP vertritt. Auch er warnt davor, das Gremium für parteitaktische Zwecke zu benutzen. Sascha Binder (SPD) versucht die Bedenken der Opposition zu schmälern: „Ein Untersuchungsausschuss ist das schärfste Schwert zur Kontrolle der Regierung und nicht dazu da, ihn zu missbrauchen.“

Schwarz-Grün: Beide Partner sehen verlässliche Grundlage für fünf Jahre / Al-Wazir kandidiert nicht mehr für den Parteivorsitz

„Koalitionsvertrag macht Hessen grüner“

Von unserem Korrespondenten
Heinrich Halbig

WIESBADEN. An dieses Bild wird man sich erst noch gewöhnen müssen. Da sitzen Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) und der Grünen-Vorsitzende Tarek Al-Wazir – beide ernst und nachdenklich – im Mediensaal des Hessischen Landtags einträchtig nebeneinander, um eine politische Sensation zu verkünden, die vor wenigen Wochen noch undenkbar schien: den Abschluss des ersten schwarz-grünen Koalitionsvertrags für ein Flächenland. Hinter ihnen prangt das Wappentier Hessens, der Löwe. Doch er ist nicht rot-weiß gestreift wie auf offiziellen Dokumenten, sondern – dem Anlass angemessen – mit schwarz-grünen Streifen versehen. Auch das Deckblatt des Koalitionspapiers zielt die schwarz-grüne Wildkatze.

Das Bild erinnert an 1982, als Startbahngegner dem König der Tiere einen Polizeihelm übergestülpt und einen Polizeiknüppel, von dem Blut tropft, in die Pranke gedrückt hatten. Sie wollten damit auf die überharten Einsätze der Ordnungsmacht gegen Protestanten, darunter viele Grüne, bei der Räumung des Waldes am Frankfurter Flughafen für den Bau der Startbahn 18 West aufmerksam machen.

Doch Vergleichbares liegt den Bündnispartnern mit dem farblich veränderten Wappentier an diesem

18. Dezember 2013 fern. Sie wollen es auch nicht auf ihre Parteifarben umgestalten lassen. Vielmehr sollen die Wandtafel und der Einband des Vertrages signalisieren, dass die politische Grundlage Hessens für die nächsten fünf Jahre eine schwarz-grüne sein wird. Und beide Protagonisten lassen bei der Vorstellung keinen Zweifel aufkommen, dass er ein „tragfähiges Fundament“ und eine vernünftige Basis für „gutes Regierungshandeln“ darstellt. Aber Bouffier macht auch kein Hehl daraus, dass er sich diese enge Zusammen-

arbeit vor einem Jahr „und auch nicht vor vier Monaten“ nicht hatte vorstellen können.

Als Bouffier und Al-Wazir aber bei der mehrfachen Sondierung nach der Wahl schon bald spürten, dass eine „Verlässlichkeit“ vorhanden ist, wie sie es nannten, stand tiefer gehenden Gesprächen nichts mehr im Wege, zumal die SPD als Bündnispartner, wegen der Rücksichtnahme vor allem auf den linken Flügel der Partei, ausfiel. Und bei den schwarz-grünen Verhandlungen war jede Partei bemüht, die andere Seite

nicht zu überfordern und tragfähige Kompromisse zu erzielen. Sei es in der Fluglärmfrage und beim weiteren Ausbau des Flughafens, sei es beim Abbau der Schuldenlast auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt mit einem rigiden Sparhaushalt, Einschnitten bei den Beamten und dem Streichen von jährlich 350 Stellen, sei es bei der Energiewende oder sei es bei der Bildung mit der verlässlichen Schule sowie der Unterrichts- und Betreuungsgarantie für Grundschüler bis 17 Uhr. Der Grünen-Chef, der nicht mehr für diesen Posten kandidiert, fasste das aus seiner Sicht positive Ergebnis so zusammen: „Dieser Koalitionsvertrag wird Hessen grüner machen.“

Zwei Schlüsselpunkte

Wie auch immer: Es scheint, als würden – bedingt durch die Verhandlungen und die Nähe – aus einstigen „Erzfeinden“ Freunde. Der CDU-Chef nannte „zwei Schlüsselpunkte“, die zu der letztlich vertrauensvollen Basis geführt haben. Neben der in den Gesprächen erfahrenen „Verlässlichkeit“ sei er mit dem Gedanken in die Gespräche gegangen, „der andere könnte Recht haben“. Jetzt hofft er, diese „neue Kultur“ über den 18. Januar hinaus, den Tag der konstituierenden Sitzung, für den Landtag zu konservieren. Und Al-Wazir meinte: „Die CDU hatte dort Recht, wo sie erkannt hat, dass wir gar nicht so schlimm sind.“



Einträchtig nebeneinander: Ministerpräsident Volker Bouffier (links) und Grünen-Chef Tarek Al-Wazir. BILD: DPA

IN KÜRZE

Mutter getötet

KARLSRUHE. Eine zweifache Mutter ist bei ihrem Heimweg von der Arbeit in der Nacht zum Dienstag in Karlsruhe getötet worden. Nach Angaben der Polizei von gestern wurde die Leiche der Frau nahe ihrer Wohnung im Flüssen Alb gefunden. Wie die Frau getötet wurde, wollte die Polizei aus ermittlungstaktischen Gründen zunächst nicht sagen. Die alleinerziehende Frau hinterlässt zwei Kinder im Alter von 9 und 16 Jahren. *lsw*

AUFGELESEN

Ein Polizist hat **10 000 Euro gefunden**. Da bisher kein Besitzer ermittelt wurde, kann der Beamte aus Waiblingen (Rems-Murr-Kreis) das Geld eventuell behalten: Nach sechs Monaten falle das Geld dem Finder zu, teilte ein Sprecher gestern mit. In jedem Fall stehe ihm **Finderlohn** zu. Der Polizist hatte die Geldscheine vor etwa zwei Wochen auf der Straße entdeckt. *lsw*

Orden für soziale Dienste

MAINZ. Für besondere Verdienste um Rheinland-Pfalz sind elf Frauen und Männer mit der höchsten Auszeichnung des Landes geehrt worden. Geehrt wurden unter anderem Gabriele Biebinge aus dem pfälzischen Haßloch für ihr Engagement für ehemalige Mitarbeiterinnen von Schlecker, Marita Boos-Waidosch aus Mainz für ihren Einsatz als städtische Behindertenbeauftragte sowie Umweltschützer Ulrich Mohr aus dem pfälzischen Hochstadt. *lrs*

Mehr Geld für Privatschulen

STUTTGART. Land und Privatschulen haben gestern eine neue Vereinbarung über die finanzielle Förderung unterzeichnet. Im Kern erhalten die Privatschulen mehr Geld vom Land, müssen aber für die Pensionen ihrer verbeamteten Lehrer vorsorgen. Die Schulen sollen laut Kultusministerium ab 2015 pro Jahr 39,5 Millionen Euro im Vergleich zu 2010 mehr erhalten. *lsw*

Notfälle: Hochschwangere in Klinik gestorben

Wurde Frau abgewiesen?

KARLSRUHE/BRETTEN. Der Tod einer hochschwangeren Frau in Nordbaden hat kritische Fragen nach Verantwortung und medizinischer Versorgung in der Region aufgeworfen. Die Befürchtungen nach der Schließung der Geburtshilfestation in der Reckbergklinik in Bretten hätten sich in schlimmster Weise bestätigt, sagte der ehemalige Oberbürgermeister von Bretten, Paul Metzger. Die 41-jährige Frau aus Gondelsheim bei Bretten sei von einer Klinik in Pforzheim abgewiesen worden und dann in der Reckbergklinik gestorben. Die Klinik in Pforzheim wies diesen Vorwurf gestern zurück.

Ermittlungen dazu nahm zunächst die Staatsanwaltschaft in Karlsruhe auf, übergab die Untersuchung aber gestern nach Pforzheim, wie ein Sprecher mitteilte. „Wir müssen jetzt zunächst feststellen, was die Todesursache war“, sagte der Staatsanwalt. Ergebnisse der Obduktion gebe es noch nicht. Zuvor hatte ein Sprecher der Anklagebehörde in Karlsruhe gesagt, dass ein unnatürlicher Tod nicht auszuschließen sei. Die Schwangerschaft zuvor sei normal verlaufen.

Der Säugling, das dritte Kind der Mutter, hat überlebt. Als Sprecher der Bürgerinitiative Reckbergklinik sagte Metzger, die Frau sei acht Tage über ihrem Geburtstermin gewesen und habe sich zunächst an die Siloah-Klinik in Pforzheim gewandt. Dort habe sie lange warten müssen und sei dann fortgeschickt worden. Der Pforzheimer Klinikdirektor Dietmar Köhrer wies die Vorwürfe gegen sein Haus zurück. Der Frau sei nach einer ersten Untersuchung die Siloah-Klinik empfohlen worden. Dieser Empfehlung sei sie nicht gefolgt. Nicht richtig sei es, dass der Geburtstermin schon um acht Tage überschritten gewesen sei. *lsw*